

Keine Krise der Humanität!

„Kleinmut und Ängstlichkeit hindern einen Menschen oft, das Gute zu tun, zu dem er fähig wäre, wenn er im Vertrauen auf Gottes Hilfe Mut fassen würde.“ (Thomas Morus)

In diesen aufreibenden und unplanbaren Zeiten der Corona-Pandemie stellen wir fest, dass wir gemeinsam als Gesellschaft Verantwortung füreinander übernehmen. Einzelne bleiben seit Tagen/Wochen zu Hause, um diejenigen zu schützen, die es gesundheitlich in dieser Situation am schwersten treffen könnte.

Gleichwohl stellen wir fest, dass ein Rückbezug auf sich selbst stattfindet. Inner-europäische Grenzen werden abgeschottet, Hilfen für Menschen auf der Flucht werden eingestellt, die besondere räumliche Isolation bringt unter Umständen insbesondere für Kinder, Jugendliche und Frauen* außergewöhnliche Gewaltverhältnisse. Wir beobachten solche Entwicklungen mit Sorge. Wir sind und bleiben wachsam, sodass keine*r zurückgelassen wird.

Das Zusammenleben der Menschen braucht unauflösliche Grundsätze, die ein gleiches und gerechtes Miteinander ermöglichen. Gerade in Krisenzeiten dürfen wir die besonders hilfebedürftigen Menschen nicht vergessen. In Bezug auf die Gesundheit nehmen wir gerade eine große Sensibilität füreinander wahr. Das ist wichtig und gut!

Unsere erste Aufmerksamkeit richtet sich derzeit verständlicher Weise erst einmal unseren Lieben. Aus gelebter Nächstenliebe dürfen wir aber nicht die Menschen vergessen, die uns persönlich nicht direkt nahestehen. Die aktuelle Situation ist insbesondere für Menschen marginalisierter Gruppen eine große Herausforderung. Wir sind verpflichtet, für alle Menschen Sorge zu tragen!

Sorge um die Werte in Europa und in der Welt

Als Gemeinschaft sind wir nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und weltweit verpflichtet füreinander zu sorgen. Wir verurteilen, dass bspw. in Ungarn die derzeitige Gesundheitskrise als Deckmantel für die Strategie von Despot*innen ausgenutzt wird, um demokratische Prinzipien auszuhebeln und diktatorische Strukturen zu ermöglichen.

Wir fordern eine verlässliche, nach demokratischen Prinzipien organisierte Politik, die allen Menschen gleiche Mitspracherechte ermöglicht und deren Antrieb ein kulturelles und soziales Zusammenwachsen ist und bleibt, selbst wenn physisch derzeit Sozialkontakte aus Rücksicht auf Risikogruppen und Gesundheitssysteme eingeschränkt werden müssen. Politiker*innen und Parteien sind dazu aufgerufen, wachsam zu sein und dafür zu sorgen, die Idee Europa und ihre Werte uneingeschränkt wieder einzusetzen, sobald die derzeitigen Einschränkungen medizinisch nicht mehr geboten sind.

Wir fordern die Stärkung parlamentarischer Strukturen, die Orientierung an Menschen-, Kinder- und Arbeitsrechten sowie eine Kontrolle der globalisierten Wirtschaft. Dazu gehören auch Veränderungen in der Struktur der Entscheidungswege innerhalb der Europäischen Union, das EU-Parlament muss weitreichendere Entscheidungskompetenzen erhalten. Europa- und Weltpolitik müssen dazu beitragen, dass mehr Freiheiten und Sicherheiten für alle Menschen entstehen.

Sorge um die Einhaltung von Asylrechten

Für Entwicklungszusammenarbeit und -politik bedeutet dies, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ländern vom klaren Gedanken der Partnerschaft und der Gleichberechtigung getragen sein muss. Sie muss sich an den Bedürfnissen und Ansprüchen vor Ort orientieren. Im Zweifel müssen deutsche und europäische Politik ihre

eigenen Interessen und Ziele der Entwicklungspolitik unterordnen. Auf dieser Grundlage kritisieren wir die Aussetzung humanitärer Hilfen aufs Schärfste.

Menschen auf der Flucht und Schutzsuchende in unmenschlichen Umständen der Situation schutzlos auszuliefern entspricht weder unseren Gesetzen noch unseren menschlichen und ethischen Pflichten. Für uns ist die gottgeschenkte Würde jedes Menschen maßgebend. Die Sorge und Verantwortung für Menschen als Mitglieder unserer Weltgemeinschaft darf nicht an Ländergrenzen enden. Sie ist kein Privileg einer bestimmten Staatsangehörigkeit.

Sorge um die Einhaltung von Kinder- und Menschenrechten

Die besondere räumliche Isolation sorgt nicht unbedingt dafür, dass wir mehr Zeit miteinander und zu Hause verbringen und ein romantisches Bild von Gemeinschaft erleben können. Die Maßnahmen sind nicht in Frage zu stellen, allerdings bedeuten sie Einschränkungen, die unterschiedlich stark wirken: Derzeit fallen umfangreiche Freiräume und Gestaltungsmöglichkeiten für Menschen in jeglichen Lebenssituationen weg. Damit schränken sich für einige Personengruppen und insbesondere für Kinder und Jugendliche auch Teilhabemöglichkeiten massiv ein.

Wir befürchten einen Anstieg häuslicher Gewalt – vor allem gegen Frauen*, Kinder und Jugendliche. Kinder und Jugendliche sind nicht mit Erwachsenen gleichzusetzen. Aufgrund ihrer Lebenssituation und eigener spezifischer Bedürfnisse brauchen Kinder ihre eigenen Rechte auf Schutz, Entwicklung, Entfaltung, Bildung und Beteiligung. Diese Rechte müssen auch in der besonderen Situation, in der wir uns derzeit befinden, gewahrt und umgesetzt werden. Auch in dieser Zeit müssen auf angezeigte Kindeswohlgefährdungen angemessen reagiert und entsprechende Interventionsmaßnahmen ergriffen werden.

Wir erleben Eltern, die vor der Herausforderung der gleichzeitigen Kinderbetreuung und der Bewältigung existenzieller Ängste oder der Koordination der Heim- sowie Erwerbsarbeit stehen. Wir erleben Menschen, die sich in systemrelevanten Berufen bis zum Äußersten verausgaben und weiterhin um angemessene Bezahlung kämpfen. Wir fordern unsere Gesellschaft dazu auf, die Politik in die Pflicht zu nehmen, für eine angemessene Bezahlung und umfassende Grundversorgungsleistungen zu sorgen.

Sorge tragen für die Zukunft

Auch nach der Pandemie werden die Folgen der starken wirtschaftlichen Einbrüche bei vielen wirtschaftliche Ängste zurücklassen. Dies als Chance zu verstehen und unser Wirtschaftssystem schon jetzt neu zu überdenken, könnte vielen Menschen Hoffnung schenken. Alles Wirtschaften muss sich an den Menschen ausrichten und ihnen soziale, ökonomische und persönliche Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Das umfasst eine faire Bezahlung sowie angemessene Arbeitsumstände. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde Sicherheit und Schutz vor Armut geben. Wir fordern von politischen Entscheidungsträger*innen weitsichtige Entscheidungen, die die Wahrung von Kinder- und Menschenrechten als höchstes Ziel ansehen.

Sorge tragen im Hier und Jetzt

Die aktuell eingesetzten Maßnahmen bewerten wir als notwendig, um zum Wohle der Gemeinschaft beizutragen. Darüber hinaus sind wir alle aufgerufen, unsere persönliche Verantwortung wahrzunehmen. Zahlreiche Verbände, Initiativen und insbesondere Gruppierungen der KjG nehmen ihre Verantwortung bereits wahr. Sie starten ganz besonders dieser Tage solidarische Aktionen, um ein zugewandtes Miteinander aufrecht zu erhalten. Das ist eine großartige Entwicklung und zeigt uns einmal mehr, wie viel Verantwortung für das

Gemeinwohl gerade unsere Gruppen in ihrer alltäglichen Arbeit, aber eben auch in besonders herausfordernden Zeiten übernehmen. So schwierig es aktuell auch ist: es ist keine Krise der Humanität!

Wir als KjG setzen uns ein für ein vielfältiges und menschenwürdiges Miteinander – in und nach Krisenzeiten.

Wir beziehen uns in unseren Forderungen größtenteils auf die im Kinder- und Jugendpolitischen Grundlagenpapier von 2013 beschlossenen Haltungen.